

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Central-Frankei- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 27

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: Mr. 1.— für das Quartal.
zu bezahlen durch alle Postanstalten.

Gotha, 6. Juli 1919

(Katalog-Nr. 176)

5 Seiten kosten 50 Pf. die einspaltige Petition.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pf.

33. Seite

eigige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 76500!

Der Friede ist da.

Ein Millionen und übermillionen Menschen bothen sich in die Kriegsfronten. So groß ist der Sommer, der Winter der Kriegsblutbath über den Verlust ihrer Freiheit, noch Millionen zählen zu groß der Kummer über die Kriegsverlusten, die Kämpfen, zu groß ist der Tod, der Verwundungen und verletzten Leben, die der Krieg hervorruft, aufgetrieben und ausgebauten am Deutschen Reichslande. Der Kriegsverlustungssatz für die Zukunft aufgestellt.

Das ist das Rehnet des Kriegswahnkino, wie er 1914, sei es offen heraus, ganz besonders im Deutschland kündigte.

Leute von Städten und Dörfern sind vernichtet, Städte verwüstet, die Bevölkerung Europa daselbst der Kriegsmobilisierung verloren, die Männer verarmt, die Sittlichkeit und Moral auf eine tiefe Stufe herabgesunken. Der Entente-Imperialismus hat, wie vorausgesehen, den deutschen Imperialismus besiegt und uns einen diktatorischen umgedrehten Machthaber, wie der neue Russland zeigt, den Entente diktieren will. Die Kapitalisten aller Länder sind, wenn es sich um Gewerken handelt, hart und grausam. Die Proletarier werden mühsam diese Grausamkeiten aufzufinden und die dafür tragen. Das wird solange dauern, bis die Krieger zu der Einsicht gelangen, daß ihre Interessen in Industrie und kapitalistischer Produktion die gleichen sind und kein Krieg, mag er von der Diplomatie noch so angefeindet sein, ihren Interessen dient. Die Briten, das heilige Interesse, sich über die Landesgrenzen hinaus zu reißen und jedes Krieg gegenwärtigen zu lassen, wenn nur im Bereich können die Interessen der anderen gegeben. Der legitime Krieg ist eine furchtbare nach dieser Richtung.

Aus dieses schrecklichen Beispiele sind die Proletarier nicht darüber hinaus, daß der Friede für lange Zeit sei. Hing es doch an einem Haar, daß unter allen Kriegstreiber und die Oligarchie. Ja sogar das alte Reichsstaatentheorie die Verweigerung der Unterwerfung der Krieger propagiert, und stand anfanglich die Entscheidung in der Nationalversammlung auf des Waffens. Die Reichen erhoben gegenüber der Entente und Wertheim und zwar hinter dem Rücken der Nationalversammlung gegen die Ueberzeugungen, trug die Welt nach, daß die Entente ihr legitimes Werk ge-

gepielen mit dem Frieden verbanne. Während der Nationalversammlung, wo die Gemüter in höfliche Erregung über die Freude berieten, wurden aus einem Tagblätter über ganz Weimar verlesen, in welcher der Kriegserzieher des Schmausleidens stimmt, als Berörder am Roste bezeichnet wurde. Sobald während der Sitzung noch die Deputate angezögeln, die Oligarchie der interessierten deutschen Flotte in Scapa Flow Flotte verloren hat. Diese heroskopische Laienzeit war sicher darauf berechnet, schwache Gemüter für Verzweiflung des Friedens zum Wanken zu bringen.

Wir hing, daß der Ministerpräsident Scheidemann sehr feierlich sein Unserwerben erklärt und so hingen, die Friedensunterzeichnung unterzeichneten, die Hand vorbereitet waren, wie gefährdet der Friede der Stunde noch war.

Es richtig, der Friede ist kurz, ungenau und gewaltig. Der Friede ist durch die Krieger von uns unterzeichnet, er liegt uns finanziell überzweckmäßige Last, er bringt uns Wirtschaftsschaden in engen Grenzen, wir sind in der Entwicklung unserer Kräfte und Fähigkeiten.

Das alles wissen wir ja gut wie jede Kriegsbegehrer.

Wir müssen nun die Wahl zwischen zwei handhabbaren haben. Den Frieden soll keinen harten Bedingungen unterstehen die Verhinderung des Krieges. Gibt das Schuh-

werk kommt sich vor der entscheiden, bei dem die Weltgemeinschaft und das Gefühl des Verstand beurteilt. Die Krieger stanben feigerebereit zum Einmarsch nach Deutschland. Sie wollen daher zuerst das Kriegsrecht von Weltkrieg befreien. Wenn halten sie weiter genauso Kolonialgebiet und die deutsche Eisenindustrie in Wall. Die deutschen Betriebe münzen ihre Betriebe wegen Mangel an Rohöl und Eisen schlecht, und unter geringen Wirtschaftsbedingungen werden völlig abroffen werden. Wenn es eine Übereile war, wie leicht die Kriegsstaaten und Oligarchie erklären, gew nicht zu denken.

Die Arbeitslosigkeit würde Riesendimensionen annehmen haben und das Hungertod durch die Verödung der Blöcke verhindern können, dann unter Ausgangszeit reichen nicht bis zur nächsten Ernte. Kann ein Mensch mit gesunden Sinnen ein solches Unheil verantworten? Ein durchdringender Zusammenhang wäre zweifellos die Folge dieser unvernünftigen Politik gewesen. Deutschland wäre in Elende zerfallen.

Wingschlag einer solchen Situation wäre es ein Verbünden zu suchen, die Friedensbedingungen abzulehnen. Die sozialen-Politiker, die das vom Volk in diese kommunistische Situation getrieben, sollten sich ruhig in den Dienst legen, denn sie sind es, die den Weltbrand mit all seinem Elend entstehen haben.

Eine Revision des Friedensvertrages wird und muss stattfinden, denn es steht außer Zweifel, daß Deutschland diese Bedingungen, auch wenn es alle Kräfte vorbereitet würde, nicht erfüllen kann. Würde wie kommen nicht zu einer Verständigung, wenn wir unseren Durchhaltepolitiken und Chauvinisten folgen, sondern wenn die Proletarier über die Grenzen die Hände reichen und die proletarische Internationale offensiv auftritt. Schon sind dafür die ersten Anzeichen vorhanden. Die englischen und französischen Gewerkschafter und Sozialisten sind in dieser Richtung tätig, und diese brüderliche Aktion wird nur gefordert durch unsere Durchhaltepolitiker. Sie gilt es, anstelle des alten absolutistisch, militärisch-bureaucratischen Deutschlands ein neues deutsches Reich zu errichten, in welchem das Proletariat seinen entscheidenden Einfluß zur Geltung bringt.

Nur durch aufrechte, ehrliche Politik werden wir uns Vertrauen und Sympathien bei den Nachbarn in den anderen Ländern erringen und zu einem dauernden Frieden kommen.

Stehen wir alle zweckhaften Elementen. So dieses erhalten Ziel zu fördern, von uns und kämpfen wir entschlossen für den wahren Menschheitsfrieden der Arbeit.

Das Programm des Wirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Wissel hat ein Programm der kleinen "Gemeinwirtschaft" vorgelegt. In seinem ersten Teile besaß es sich mit der Räteorganisation. Was da vorgeschlagen wird, geht nicht wesentlich über das hinaus, was schon der Gesetzestext des Arbeitsministeriums betr. die Betriebsräte in Aussicht stellt. Hierzu Stellung zu nehmen müssen wir uns für einen späteren Artikel vorbehalten. Da für die Kohlen- und Rallwirtschaft getroffene Regelung, also das System der Zwangsfertigung und Bureauauslieferung soll auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden, vor allem auf die Elektroindustrie und die Betriebsräte. Den Willen haben wir damit, daß die Produzenten noch als Konsumanten im geringsgradigsten, der Nationalismus, um den es sich dabei handelt, befriedigt nur ein monopoliertes Großunternehmertum, das dem Staat, der über seine Macht verfügt, einen Teil des Profits überlässt. Es geht nach dem Grundsatz: "Eine Hand wünscht die andere."

Ein besseres Ergebnis könnte die umfassende Durchführung des gemischtwirtschaftlichen Betriebes haben, den Wissel im dritten Abschnitt seines Programms vorschlägt. Der Staat soll eine ausgleichende Vermögens- und Einkaufsteuer erheben und das Recht haben, sich einen Teil des in den Gewinnabführungen angebrachten Gewinn-

objekts abtreten zu lassen, an die Stelle der Gewinne soll die Naturalabgabe von produktivem Kapital treten. In dem Wirtschaftsprogramm wird gesagt, auf diese Weise würde man einen großen Teil des industriellen Kapitals in die Hand des Reichs bringen und damit den gleichen Erfolg wie mit einer Exizierung erreichen können, ohne die bisherige Betriebsführung des Unternehmens aufzugeben, ohne zu verhindern zu sein, die Direktoren, Angestellten, Werksräte usw. zu Reichsbeamten zu machen.

Der Reichswirtschaftsminister sieht bei der Gewinn- und Gewinnabgabe "Sozialdemokrat Rudolf Goldschmid" als vorwürflich, die Meier in seinem "Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" sowie "Gesellschaft der Wirtschaft oder Staatsbeamten" darstellt. Wie ist mir Bruder Einsicht in Wien erschienen? Goldschmid betrachtet die von ihm empfohlene "Vergabe eines Teils des verarbeiteten Kapitals an den Staat" lediglich als Anfang der Gesellschaftierung, als einen Auftrag, der jedoch ohne jede Gewaltanwendung von irgend einer Seite gemacht werden kann, er möchte nicht, daß dabei Rechts gebraucht werde. Dieser Plan hat gegenüber anderen Vorstellungen auf teilweise Sozialierung des Betriebs, daß die Betriebsleitung der Vollwerkschaft vermittelnd und den Gewerkschaften nach erachtet, den jedoch durch sozialistische Gesellschaftierung erzielen möchte. Sagt doch sogar die vorausgesetzte "radikale Elemente" unbedingt Sozialierung, Kommunismus in dem Bericht über die Rätekommission, so ist eindeutig der Aussicht, daß die Überordnung wirtschaftlicher Interessengruppen in die Sozialdemokratie des Staates deren Erfolg in Frage stellt, daß jegliche Überdehnung des staatlichen Betriebes wirtschaftlich und technisch obzuweichen ist, so lange nicht die völlige Trennung des wirtschaftlichen Tätigkeits des Staates von seinem politischen und verwaltungsmäßigen erfolgt.

Änderung würde und mit der Verschärfung des gemischtwirtschaftlichen Betriebes die Zustimmung der Arbeiter, die Gleichung von Mehrwert, nicht aufheben und solange der Staat nicht wirklich demokratisch ist, kann das berührte "gerechte und freie Wahlrecht des Volkes" noch lange nicht verbürgt werden. Aber genau das Gewissen gebietet, daß wenigstens der dem Staat gehörende Teil des Profits in einer den Interessen der arbeitenden Massen entsprechenden Weise verwendet wird. Doch sei gezeigt, daß der gemischtwirtschaftliche Betrieb in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Demokratie in Gotha eines Rätschlags, das den Arbeitern mehr als schändliches Einstieg angibt, die Möglichkeit zur Einprägung des Ausbildung auf ein geringes Maß hat. Das ist dieses System aus als Anfangsgrund einer Entwicklung gedacht, so darf man weitere Differenzen in die Zukunft legen. Die große Frage ist jedoch, wie sich die praktische Ausführung des ganzen Sachen gestalten würde. Selbst wenn der Reichswirtschaftsminister die besten Möglichkeiten zugunsten der wechselseitigen Massen hat, so ist noch nicht ausgewählt, daß es auch die entsprechende Macht über den Geist und guten Willen der Beamten besitzt, daß nicht ein Bildnis des Goldschmid'schen Plans verwirklicht wird. Es ist sehr zu befürchten, daß die gegenwärtig allmächtige Bourgeoisie alles in die ihr gefälligen Bogen zu ziehen und damit für Arbeiter und Unternehmer nur Nachteile heraufzubringen. Die letzteren sind von Wissels Wirtschaftsplänen übrigens garnicht erhabt (was der Konflikt Wissel-Werderding ist). Sie wollen uneingeschränkt und womöglich rechtlich geschützte Ausbildungsfreiheit.

Im letzten Abschnitt seines Programms behandelte der Reichswirtschaftsminister ein Mittel zur Verbesserung langer Lohn- und Preissteigerungen; es soll darin bestehen, daß den Arbeitern ein Teil des Lohnes in Naturalkosten statt in Geld gewährt wird. Werden sie dabei nicht noch mehr wie bisher in die kombinierte Abhängigkeit von Unternehmer und Behörden kommen? Und dem Geist, der bei uns herrscht, ist das sehr zu befürchten. Außerdem ist ja bestimmt, daß die Naturalentlohnung wieder eine Weile neuer Bedörden nötig machen würde, deren Erhaltung selbstverständlich die Warenpreise aufgewertet. Sind doch auch an den enormen Preisen der ausländischen Kaufmännischen Wahrungsmitte weniger der Einkaufspreis

und die Transportkosten nicht als ihre beträchtliche „Bewirtschaftung“ in Verbindung mit den Groß- und Kleinhandelsgewinnen, die auszuhalten man sich nicht einmal in dem Fall heraus! Die Unternehmer sollen nach Pfeiffers Programm zu den Kosten der Produktion der Arbeiter mit ausköhllichen Lebensmitteln Zuläufe leisten (die sie wohl durch Preisabschüttungen plausibel wieder einbringen würden) und die Mepf- und Drostpreise sollen auf dem gleichen Maßstab nicht weiter, was wieder neue Geb. Anforderungen des nicht in natura abgeleiteten Beamten zur Folge hätte.

In Arbeitertreffen bestimmt die Verteilung heraustragen muss der T. Abschnitt des Pfeifferschen Programms, das für genügte Wirtschaftswerte den „Arbeiterfrieden“ in Aussicht stellt. Die lebensnotwendigen Betriebsgruppen, wie Ruhbergwerke, Eisenbahnen, Post- und Kraftanlagen, Mühlen usw. sollen unter „Friedensgebot“ gestellt werden, d. h. die Arbeiter sollen gezwungen sein, alle Streitfälle Einigungssämttern vorzutragen; kommt es zu keiner Einigung, so dürfen die Arbeiter nur dann in den Streik treten, wenn es um Schutz ihres in geheimer Abstimmung dafür stimmen. Andere Betriebe können sich freiwillig dem „Arbeiterfrieden“ unterwerfen, falls Arbeitgeber und Unternehmer einen solchen Schritt ehrlich beantragen. Das ist eine Nachahmung des in der britischen Kolonie Kanada seit fast 2 Jahrzehnten bestehenden Anti-Streitgesetzes, von dem die dortige Arbeiterschaft im allgemeinen gar nicht erfuhr. Angesichts soll ein diesbezüglicher Gesetzentwurf bereits in Vorbereitung sei, der die Aufforderung und Anwendung zum Streik in den Betrieben, die dem „Arbeiterfrieden“ unterliegen, sowie die Einleitung oder Durchführung eines solchen Streiks, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bedroht. Es wäre doch recht, wenn jugendliche Blätter ein neues Suchthausgegesetz ausgestalten hätten. Doch, warten wir einstweilen ab. Sedenfalls hat es den Anschein, dass die jugendlichen Minister die Weile nicht mehr los werden, die sie tragen. Aus ihrer eigenen freien Überzeugung heraus müssen sie unmöglich dazu gekommen sein, Siedlungswand und Wachsmantel als die tauglichen Mittel des Regierung zu betrachten.

Aus der pfälzischen Schuhindustrie.

Die Entwicklung der Schuhindustrie in Pirmasens nimmt mit der Freigabe der stillgelegten Betriebe, mit dem Eintreten der Befreiung des linken Abhangs, immer abnormalen Verlauf am. Eine Umfrage neuer Betriebe sind entstanden, so dass bereits über 600 Schuhfabriken ansichtig angesprochen sind. Da kommen noch einige hundert kleiner Betriebe die nicht gemeldet sind; es ist nicht übertrieben, wenn man die Gesamtzahl der zur Zeit in Pirmasens vorhandenen Schuhfabriken auf mindestens 900 annimmt. Von diesen werden allerdings eine große Zahl nicht diesen Namen, da aus 2-4 Personen beschäftigt sind. Alles fühlt sich als Schuhfabrikant zu berufen, darunter Leute, die aber gar nicht das mindeste Verständnis von der Schuhfabrikation haben. Über 10 wird Geld, schweres Geld verdient, nur das ist die treibende Kraft. Wie diese an so höchste ungesehene Entwicklung endgültig wird, ist nicht abzusehen. Auf alle Fälle wird ein schwerer Aufgangsbruch die Folge sein, sobald mit Friedensschluss in Bezug auf die Rohstoff- und Materialversorgung andere Verhältnisse eintreten werden.

Infolge der Befreiung des linken Abhangs bestehen die Zwangswirtschaft nur noch formal; die Freigabe des Handels mit Leder und Sohlen durch das Demobilisierungsgesetz vom 29. 11. 1919,ührte im besetzten Gebiete den Zusammenbruch der Ledernirtschaft herbei und hat die Zwangswirtschaft für Leder und Schuhe, wie auch die Befriedung der Ein- und Ausfuhr von Hüten, Leder, Gehrloßwaren und Schuhbeständen keinen Sinn mehr und verfüllmert nur den Zustand. Nur soweit als bei der Einfuhr Deutschlands in Anspruch genommen wird, sollen die jeweils gültigen Gewissensbestimmungen noch berücksichtigt werden. Nachdem soll der Befreiung keine Zulassung von Leder an die Schuhindustrie mehr erfolgen, ist ein Zustand eingetreten, der verhindert auf die gesamte Schuhindustrie einsicht. Die Schuhfabrikanten müssen ihr Material herholen, wo es nur immer möglich ist. Dazu kommt unjer erhebliche Valuta, durch die unverhältnismäßige Materialpreise verursacht werden und die Folge ist eine fortgesetzte Steigerung der Schuhwarenpreise. So der Pirmasenser Schuhindustrie steht heute ein Paar Herren-Bogatistief auf 90 Mark und noch mehr, gegen ca. 32 Mark im normalen Verhältnis unter der Zwangswirtschaft vor der Befreiung. Wie das zur Zeit im nicht-besetzten Gebiet liegt, kann von hier aus nicht beurteilt werden, jedenfalls aber wird sich darin nicht viel gedünkt haben. Wie aber kommen diese Preise im Pirmasenser Abhangsgebiet zustande?

Das wird klar, wenn man die Entstehung der Preise auch nur oberflächlich und allgemein nachprüft. In der finanziellen Wirkung ergibt sich bei der Preisherebung folgendes Bild:

1. Material: Oberleder . . .	29.—	92.
Oberleder . . .	20.—	"
Sohlen . . .	6.—	55.—
2. Arbeitslohn	5.—	92.
3. 15 Prozent Umlosten und Geschäftsgewinn des Fabrikanten aus dieser 90.—	9.—	69.—
Gesamt 20 Prozent für den Schuhhändler . . .	20.70	"
Endgültiger Verkaufspreis	69.70	92.

Diese Aufstellung ist noch sehr unvollständig und auch nicht gänzlich. Zunächst seien die 2 Prozent an die Schuh. V. G. und dann haben die Händler 5 Proz. zu beanspruchen. Ferner dürfen die 15 Proz. Umlosten und Gewinn für den Fabrikanten nur aus den Beträgen errechnet werden, die sich aus den Materialkosten, wie sie zum Höchstwert wirklich liegen, plus Arbeitslohn, ergeben. Weiter haben dann auch die Händler nur aus dem Betrag Material zum Höchstpreis, plus Arbeitslohn, plus daraus entstehenden Umlosten und Gewinn des Fabrikanten 5 Proz. zu erhalten. Das ergibt ein wesentlich anderes Resultat.

Legen wir das Verhältnis der Zwangswirtschaft und der Höchstpreise zu Grunde, so ergibt sich:

Material: Oberleder	8.—	92.
Oberleder	5.—	"
Sohlen	6.—	"

Arbeitslohn	5.—	"
Arbeitslohn	22.—	92.

15 Proz. Umlosten und Gewinn des Fabrikanten	8.80	"
25.30	92.	"

25 Proz. Händlergewinn	8.85	"
endgültiger Verkaufspreis	84.15	92.

Auch diese Aufstellung ist, da auch hier die 2 Proz. für die Schuh. V. G. fehlen, nicht vorschlagsmäßig, ist aber dem obigen Beispiel angepasst. Die endgültige Dreisichtbildung ist aber wohl richtig, sie dürfte nur gering abweichen.

Würden nun die Fabrikanten, wirklich wie sie sollten, aus den Materialkosten plus Arbeitslohn mit 22.15 Mark errechnen, so würde der Verkaufspreis nur auf 72.15 Mark kommen. Die Fabrikanten aber, die sich daran halten, stoßen bei den Händlern auf Widerstand, da diese eben aus dem Gesamtbetrag einschließlich der Überschreitung der Höchstpreise die 25 Proz. wollen. Diese Fabrikanten fehlt es dann an Abnehmern, weil die Händler sich an die Fabrikanten halten, die ihnen den Willen tun. In dem Falle haben sie eben pro Paar über 20.81 Mark, im anderen aber nur 8.85 Mark zu verdienen. Wenn man die Waren durch die Großhändler geben, erhalten diese 1% und die Detailhändler 1% des Händlergewinnes.

Bei dem heutigen Umsatz aber haben diese 25 Proz. Händlergewinn durchaus seine Bedeutung mehr, sie wollen aber darauf verzichten und tragen so wesentlich zur unbedeutenden Verteuerung des Schuhwerks bei.

Es ist zweifellos, dass dieser Zustand sehr zu der Verwirrung der Schuhindustrie beigetragen hat und darin liegt wohl auch der Anreiz zu der unruhigen Ausbreitung und Gestaltung derselben. Im Interesse der reellen Fabrikation liegt das jedenfalls nicht. Die Unmöglichkeit, die Zwangswirtschaft im besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten, hat zu diesen unheilvollen Zuständen geführt. Was jetzt noch besteht, sind Hoffnungen, die nur schädigend wirken.

S. Feldmüller.

Die neue Teuerungszulage und die Ferien in der Schuhindustrie.

Die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung hatte die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Schuhindustrie genötigt, eine Erhöhung der Teuerungszulagen der Schuharbeiter ganz Deutschland herzustellen; erfreulicherweise ist auch dabei die Ferienfrage, als einer sehr alten Forderung der organisierten Arbeiterschaft, gelöst worden. Der Übernahmevertragsschluss der Schuhindustrie hat dem auch in seiner Sitzung vom 9. Mai die Durchführung angeordnet, nachdem auch das Reichswirtschaftsministerium den Maßnahmen zugestimmt hatte.

Diese durch die Tarifkommission vorgenommenen Erhöhungen des Reichs-Lohnfortsatzvertrages für die Schuhindustrie sind nun auch für die Pfalz durchzuführen. Die Teuerungszulagen sollten für männliche und weibliche Arbeiter fest, für die Altersgruppe unter 16 Jahren von 1.50 Mark auf 6 Mark, von 16-18 Jahren von 2 Mark auf 9 Mark, von 18-21 Jahren von 3 Mark auf 12 Mark und über 21 Jahre von 4 Mark auf 16 Mark erhöht werden. Ferner sollen sämtlichen Arbeitern Ferien von 1 Arbeitstage, beginnend am Freitag abend bis Montag früh, unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Für Heimarbeiter kommen die Ferien nicht in Betracht.

Die Heimarbeiter waren bei der Erhöhung der Teuerungszulagen übergangen worden und da in der Pfalz, besonders aber im Pirmasenser Subsidiargebiet, die Zahl der Heimarbeiter sehr groß ist, möchte auch dieser Rechnung getragen werden. Es kam zu längeren Verhandlungen mit den Fabrikantenverbänden, bei denen auffallenderweise das Verbund Pfälz. Schuhfabrikanten übergingen wurde. Dies wird sich für die Zukunft eine solche Übereinkunft mit Recht nicht mehr gefallen lassen und wird es auch Sache der Arbeiterschaften sein, dies in Zukunft zu verhindern. Übernommener Wert ist es, dass sich dieser Verband trotzdem den getroffenen Abmachungen anschließt.

Die Fabrikanten machen vor allem geltend, dass in der Pfalz, wie überaupt im besetzten Gebiet, durch die Zufuhr von Lebensmittelkästen durch die Alliierten, die Teuerung nicht in dem Maße vorhanden sei, wie im nichtbesetzten Gebiet, auf das die neuen Teuerungszulagen zugeschnitten seien. Wie auch die Produktion und der Absatz infolge des Befreiung der Zwangswirtschaft im besetzten Gebiet anderes und schwieriges Verhältnisse für die Industrie ha-

ben, will den zwangsmaßigen Gebiet und das Gelände eine niedere Teuerungszulage größen zu den Ferien werden keine ernstliche Einwendungen und vor die Einigung leicht.

Nach schwierigen Verhandlungen machten nun der Arbeitervorsteher, um auch den Heimarbeiternebenbetrieb einzutragen, den Vorschlag, die Teuerungszulagen auf 1.50, 5., 8. und 11. Mark zu erhöhen, stehen und erklärt, auf keinen Fall zu gehen. Damit waren die Verhandlungen auf dem Punkt angelangt. Sicherlich die anderen Punkte bestehen eine Einigung mit den Pfälz. Schuhfabrikanten, die die Pfälz. Schuhfabrikanten eine marktübereigene Erscheinung im Karlsruhe. Die Fabrikanten waren sehr leicht in der Vorschlag des Arbeitervorsteher angenommen, denn Arbeitslohn einfach, der Teuerungszulagen spielt in Verkaufspreisen der Schuhwaren gegenwärtig eine unbedeutende Rolle.

Auf Produktion und Absatz hätte diese eine Teuerungszulage mehr gewiss keinen Einfluss ausgeübt, bereitete zeigt dieser Widerstand nichts von einem Hindernis für die Lage der Arbeiter. Wenn auch nicht dass die Ernährungsmöglichkeiten in den Pfälz. bestehen werden, so hat sich aber doch die Lebenshaltung weitersteuert. Wenn man die Kaufkraft des Arbeiters Friedenszeit den jüngsten Zahlen gegenüberstellt, so die Wirkung der schlechten Valuta und des Mangels Nahrungsmittele und Bedarfssorten, dass der deutsche Arbeitslohn nicht nur nicht dem Friedenslohn entspricht, sondern unter diesem herabgesunken ist. Der heutige Arbeitslohn hat nur dann das richtige Verhältnis zur Zeit, in dem der Friedenslohn im Verhältnis von 5:1 zu dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu Grunde zu legen ist. Die gabenmäßige Höhe des Lohnes ist nicht maßgebend, sondern dessen Kaufkraft.

Und wenn die Ernährungsmöglichkeiten besser geworden doch auch der Arbeiter in der Lage sein, diese Wirkung auslösen, sonst hängt ihm die Wirkung noch so hoch und er ist garnicht gebettet. Bei den Arbeitern besteht nun allgemein die Forderung, dass die Fabrikanten (wie überhaupt die Arbeitnehmer) die Nutzen der gegenwärtigen, durch Erziehung und das Verhandlungsergebnis geschaffenen Möglichkeiten sind. Zur dieser Aufstellung werden sie durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu bestärkt. Die Arbeiter fügen sich nun dem Zustand dieser Verhältnisse und werden sie die Möglichkeit durch das Eintreten anderer Verträge geboten, die wichtige Vertragssbestimmungen der Kommission durchzuführen wollen.

Ganz überraschend aber ist das Verhalten der Schuh. V. G. für die Pfalz und Els.-Lothr. der Schuh. V. G. Pfalz-Land. Dies hat den Arbeitersorganisationen die Waffe gegeben, sie sehr sich außerhalb, in der Frage der neuen Teuerungszulage und Ferien für die Gesellshafter ihres Betriebes etwas zu beschließen, die sie leichter über ihre Gesellschafter hätte. Nun wird noch darüber zu den Friedenslohn im Verhältnis von 5:1 zu dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu bestärkt. Die Arbeiter fügen sich nun dem Zustand dieser Verhältnisse und werden sie die Möglichkeit durch das Eintreten anderer Verträge geboten, die wichtige Vertragssbestimmungen der Kommission durchzuführen wollen.

Die Teuerungszulage nach der Abschaffung der Organisationen Pirmasens-Stadt ist ja wohl zum Teil durchgeführt, weil die Fabrikanten einfacher, die noch andere Faktoren da sind als die Schuh. V. G. denen nicht so leicht fertig zu werden ist.

Über die Ferien sind ihnen höchst unkompatibel, werden sich aber auch damit absind müssen. Über die Auspukreisen und Umsatzabarten und ähnliche betriebe der Schuhindustrie werden nicht umhin können, dass nicht schon geschehen, ebenfalls diese Wirkung durch ihre Organisationen verhindern müssen, ob sie sie die größere Macht über die Gesellschafter der Schuh. V. G. haben. Sondern liegt es an der Schlichtungskommission, die darüber zu befinden, und an den Arbeiterschaften, die in Betrieb kommenden Betriebe im Landkreis Pfalz und den Orten der ganzen Pfalz, der Durchführung der neuen Teuerungszulage und der Ferien den nötigen Druck zu geben.

Die Teuerungszulage nach der Abschaffung der Organisationen Pirmasens-Stadt ist ja wohl zum Teil durchgeführt, weil die Fabrikanten einfacher, die noch andere Faktoren da sind als die Schuh. V. G. denen nicht so leicht fertig zu werden ist.

S. Feldmüller

Internationaler Schuh- und Lederarbeiter-Kongress.

Der Sekretär der internationalen Union wendet sich mit einem Brief an den Präsidenten der Schweizischen Gewerkschaften, der am 1. Sept. noch in der Schweiz stattfindet, um die internationalen Organisationen der Schuh- und Lederarbeiter!

Werte Kollegen!

Angesichts der Friede geschlossen, erscheint es notwendig, dass die Arbeiter der verschiedenen Länder sich wieder international organisieren.

Die Sitzung beruht auf einer internationalen Konferenz der Schuh- und Lederarbeiter auf Montag, den 1. September nach der Schweiz ein (Ort und Datum werden noch bestimmt).

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

Zeit des Treffens für die Zeit von 1910 bis 20. Juni

Zeit der Delegation über den Stand ihrer Organisationen.

Die Vereinigung der zuzeit noch bestehenden internationalen Verbände in der Schuh- und Lederindustrie zu einer einheitlichen Internationalen Union für die gesamte Schuh- und Schuh-Industrie möglich und zweckmäßig?

Arbeitsrecht im Friedensvertrag.

Wie eine Sitzung aufgegliedert ist von einem

und auch nicht

Psalt bestreitet, dass

Arbeitskosten überstellt, so

des Wohlwollens

der Gewerkschaften.

Der Kongress muss aus dem Grunde schon am 1. Sept.

aus, weil im Oktober in Washington eine Konferenz

der Delegierten aller Länder stattfinden soll, die sich mit der

Rechtsstellung der Arbeitnehmer beschäftigen soll.

Da die im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen

das Arbeitsrecht weit zurückdrängen hinter den in

und Bern geschafften Verträgen, ist es notwendig, dass

wir noch vor der in Washington stattfindenden Konfe-

renz der heutigen

heutige Zeit

zur Zeit, in

die Hoffnung ausdrückt, dass alle nationalen

und Lederarbeiter-Organisationen Delegierte zu die-

Kongress entsenden.

Es gilt die internationalen Beziehungen, die durch den

gedeckt wurden, wieder stärker zu schärfen, eine Or-

ganisation zu schaffen, die mit größerer Wirtschaft als die

besten Arbeitnehmer wohngewohnt ist.

Die Worte von Karl Marx: Proletarier aller Länder

einigt euch, müssen so verwirklicht werden, doch es ist

noch mehr den Kriegshelden gelingen, die Arbeitnehmer ge-

einander in den Krieg zu führen.

Mit brüderlichen Grüßen!

J. Simon.

ur Lohnbewegung der Schuharbeiter und Schäftermacher von Chemnitz.

Zum erstenmal können wir heute von einer einheitlichen Bewegung hierin Chemnitz berichten. Bisher waren die in der Schuhindustrie Beschäftigten meistens an unseren Beziehungen beteiligt. Über die Zeit ist ein harter Lehrer.

Um wieder eine Verfeindungsbefreiung war ihre Lage, und wir können, einen schönen Erfolg haben sie erreicht. Ihre Lohnsteigerung ist eine bedeutende. Gemeinsam mit den Arbeitnehmern wurden am 3. Mai an die hiesige Innung

irre Verhandlung folgende Lohnforderungen gestellt: 12 Stundenlohn für Kollegen unter 18 Jahren 1.80 Mk., für dieses Alter etwas 1.20 Mk. Der Alterslohn kommt ins Spiel. Dann noch eine Reihe weiterer Bestimmungen

für die Auslegung und Einhaltung des Tarifs. Diese Bestimmungen ähneln denen des Hamburger Vertrags. Zu

erst wurde den Herren ein Ultimatum überreicht, dass sie am 20. Mai geschlossen die Arbeit niedergießen würden.

Die Unionsrat, aber ihre alte Rücksichtigkeit siegte, sie wussten ob. Grund dafür: Die Forderungen sind außordentlich hoch. Ja, wir kennen diese alten ehrlichen Herren,

die glauben, diesmal mit den Kollegen so umspringen zu können, als sie es bisher gemacht waren. Über ganz ging es nicht so. Am Montag, den 26. Mai, legten von 250 Be-
schäftigten 170 die Arbeit nieder.

Allgemeiner Schied. In der Bedräzung waren sie dann zu Verhandlungen be-
trieben. Diese verließen aber für die Innung ergänzlos. Die

Ende Vereinigung machte eine Dusche, die sie auch später, zum Bevorzugung des Tarifs, einholte. Nun ging ein

Gut aus dieser Weise auf unter Streitbüro zu, die gern machen wollten. Die Kollegen aber hatten am Anfang be-
hauptet, nicht über die Arbeit aufzunehmen, als bis ein La-
boratorium gekauft sei. Aufgrund der großen Bedeu-

tung verschiedener Arbeitgeber verhandelten die Kollegen ihren

Standpunkt doch, Eingangsverträge abzuschließen. Nach ach-
tiger Dauer des Streits griffen wir zu diesem Mittel. In
dieser Zeit waren alle Streitenden untergebracht.

Dann es sollte zu keiner Vertrag gekommen ist, so sind die
alten Ausgangsmaßnahmen sehr schnell. Die Streitbrecher
haben dies verhindert, und wie sind für den Erfolg in unter-
schiedlichen Betrieben gearbeitet. Den Kollegen und Kollegin-

en einer neuen wie zur Hölle gegangen, um dem Geringsten

ihnen wegen Organisations aus den Händen zu nehmen zu
nehmen zu können, die bald folgen sollen.

Ein den Zentralvorstand rütteln wir die dieser Stelle im
Unterseiter im Schuhgewerbe beschäftigten Kollegen. Sie
fragen: Was sollen wir mit diesem Entwurf zum Reichs-
tarif anfangen in dieser Form, wie er uns zugeholt ist? Ist
Diese Sache sollte im Interesse aller Schuharbeiter vom
Vorstand intensiver angefochten werden. Mit dem nächsten
Entwurf ist nichts zu machen, es müssen Vorarbeiten von
Verbänden zu Verbänden gehoben. Und das bald. Es
gilt. Die Schuharbeiter haben es seit, immer hinten ge-
legt zu werden. Das Fachblatt erachtet wir als die geeig-
netste Stelle, die Diskussion in dieser Frage zu eröffnen.

Albert Klett.

Große Enttäuschung, aber Mangel an Konsequenz.

Die «Dachdeckerzeitung» enthält einen Artikel mit der
Überschrift: «Große Enttäuschung», in welchen der Ver-
fasser seinen Unmut über den Mangel an Tätigkeit oder
Unfähigkeit der Regierung im sozialistischen Staate kundgibt.
Dort steht:

Der Nord in München — das ist die Vollstreckung
des Todesurteils an Leo-Löwenstein — hat mit unangemessener
Deutlichkeit gezeigt, dass wir vom Sozialismus in Deutsch-
land noch weit entfernt sind. Wo in aller Welt dürfen
Sozialisten, die im Programm für Abschaffung der Todes-
strafe sind, sie sogar gegen politische Gegner anwenden?
Heute das nicht dem sozialistischen Gedanken geradezu eine
Frage scheinen, wenn man ihn so in die Praxis umsetzt?
Nein, wie bedenklich und vor diesem Sozialismus. Möglich,
dass im Koalitionsstaat unsere Stimmen in der Rinder-
heit blieben; dann müssten unsere Genossen eben die Rabinett-
frage auftun; auf diese Weise ein solches Schauspiel geben. Dieses
Schandmal wird sich noch lange eingespielt bleiben. Das
Schönste ist, dass derweilen die anderen Vogel austiegen.

Leider ist diese Enttäuschung nicht die einzige, die wir
in diesen Wochen erleben müssen. Das soeben veröffentlichte
Gesetz über die Betriebsräte bringt auch ein Todes-
urteil. Von revolutionärem Hauch keine Spur; es ist ge-
radezu raffiniert ausgedacht, wie man mit diesem Gesetz
der Sozialisierung ein Schnippen zu schlagen versucht.
Auch wir wollen nicht, dass mit Siebenmeilenstiefeln in die
Sozialisierung plaudergestiegen wird, aber doch müsste man
wenigstens ein Ziel, einen Weg sehen. Nichts, nichts davon.
Es fehlt vor allem an Mitbestimmungsrecht der am
Arbeitsvorgang Beteiligten. Nach diesem Entwurf werden
die Arbeiter schwerlich auf Erzeugung, Verteilung, So-
zialisierung und Menge der Erzeugung Einfluss erlangen.
Wer überhaupt in der Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus
diese Frage gelöst werden soll, ist uns klar.

Schließlich sind es nur rein gewerkschaftliche Aufgaben,
die den zukünftigen Räten übertragen werden. Gebarf es
dazu einer neuen Form? Wir meinen, wenn die Betriebs-
räte und Arbeiterräte nicht größere Aufgaben zu lösen haben
wie diese, dann sind sie weiter nichts als ein Hemmschuh
für die Gewerkschaften. Dass der Reichswirtschaftsrat
selbständig sozialpolitisch und wirtschaftspolitische Geset-
zentwürfe beim Reichstag beantragen darf, wird niemand
wollen. Wie sollten wohl auch die Unternehmen dazu kommen,
ihre Zustimmung dafür zu geben? Saab in die Augen ist
es, weiter nichts, ein Todesurteil für revolutionäre wirt-
schaftliche Fortentwicklung. Ropf ab der Sozialisierung.
Wer lehnen diesen Weiselsberg glatt ab.

Ein weiterer Fehler ist, dass sat nicht geschleift, um
die Abwendung des Kapitals zu verhindern. Gegenwärtig
werden nicht etwa nur einige Millionen, sondern Milliarden
verschleppt, die der deutschen Finanzkraft den Welt-
marktsleben entzogen werden, wodurch die Kriegsschäden
immer drücken werden. Da geht nicht nichts durchgreifendes,
und wenn etwas in Angriff genommen wird, glaubt man,
es würde Strop durch ein Teufels geschüttet, kaum, dass
Werke etwas in Fluss kommt.

Wohlgemerkt, der Verfasser ist Mehrheitssozialist und
sagt damit einverstanden, dass diese Regelungen, die ihm
sofort Enttäuschungen bereiteten, ein Vertrauensvotum nach
dem anderen votiert wurde; oder hat sogar mit dieser ge-
stimmt.

Das zeigt von Mangel an Konsequenz.

Aus unserem Beruf.

Die Sozialisierung der Schuhindustrie. Der «Pfeifer

Lloyd» vom 31. Mai berichtet: «Die Sozialisierung in der

Schuhindustrie geht ohne jede Störung vor sich. Der Ueber-

gang wurde dadurch erleichtert, dass die Produktion und

Verteilung in der Leder- und Schuhindustrie auch bisher

durch ein Zentralorgan geregelt war. Dennoch war aber

die Produktion anarchisch, da sie unter der Leitung der

freien Konferenz der Privatunternehmer stand. Vor der

Sozialisierung arbeiteten in der maschinellen Schuhindustrie

überaus viel kleine Betriebe, deren Ausrüstung sehr mangel-

haft war. Die Ausstattung des Materials und der Arbeits-

kräfte war nicht wirtschaftlich, ganz abgesehen davon, dass

die Fabrikäder dieser Industrie zumal gefährdet waren.

Zahlreiche Mitglieder der Sektion für Lederindustrie

unter Führung des Volksauftragten Julius Hevesi die

Schuhfabrikbetrieb inspiriert. Es wurde festgestellt, dass

die Sozialisierung in zweckmäßiger Weise nur durch

durchgeführt werden kann, wenn die kleineren Betriebe aufgelöst

und deren Einrichtung in einem großen Betriebe zentralisiert wird, der neben der Reichenbäder Schuhfabrik errichtet wird.

Was, diesen zwei in Sachen nicht am Ende der Welt
Militär, sondern auch für die Stoffbekleidung eingesetzt.
Bisher befähigte sich diese Fabrik nur mit der Konfektionierung
und erhielt zu diesem Zweck das zugeschnitten Material
von den verschiedenen Lederfabrikbetrieben. Nunmehr
wird die Reichenbäder Schuhfabrik darauf eingearbeitet, dass
die Schuhwaren in der Fabrik selbst zur Gänze hergestellt
werden. Der Betrieb ist auf eine Tagessproduktion von
6000 Paar Schuh produziert, vorläufig werden aber
doch 2000 Paar Militär- und 800 Paar Stoßsicher erzeugt.
Man hofft jedoch, in kurzer Zeit die volle Erzeugungs-
kapazität zu erreichen. Die in dem Betriebe eingerichtete
Spannungsaufbereitung wird das zugeschnittene Material in
den zentralisierten Betrieb liefert. Hier werden auch die
Stoffe verarbeitet.

Mittelungen.

Hervorragend. Wenn wir einen kurzen Rückblick ha-
ben und unsere Zahnstellenbewegung seit einem Jahrzehnt
betrachten, so können wir doch sagen, dass sehr gute Fort-
schritte gemacht wurden. Bis zu Kriegsbeginn des Krieges
zählten wir 182 Mitglieder; war es doch unter unermüdbarem
Körper, der mit seinem Körper die Zahnstelle zu er-
kämpfen wusste. Solcher Zahl er mit noch mehreren klugeren
Kollegen zu jenen, die der rasche Krieg für immer von
ihren Freunden und der Heimat trennten und sie nicht mehr
sehen ließ. Unter dem Krieg und bis gegen Ende war es
Kollege Götter, der bereits 5 Jahre unsere Zahnstelle leitete.
Es wurde auch hier nichts unterschlagen, obwohl über 100 Kollegen
zum Heeresdienst eingezogen wurden und unser Stand
auf 84 Mitglieder erniedrigte, denselben bis 1. Januar
1919 auf 250 zu bringen. Und heute noch zwöllem Deutscher-
schaft zählen wir rund 340 Mitglieder. Zurzeit sind in den
heutigen Schuhindustrie 450 Arbeiter beschäftigt. Wir haben
also, dass drei Viertel dieser Beschäftigten dem Zentralvor-
stand angehören, während der andere Teil der drittgrößten
Organisation verbleibt. Mögen auch hier noch einige indi-
viduelle Kollegen darüber sein, so muss doch verhindert werden,
dass sie legen in unserer Organisation zu bringen. Diese
Arbeit darf keine allzu große mehr sein, denn nach dem
heutigen Zeitgeist dürfen sie keinen Indifferenz in der
Branche mehr geben. Aber nicht nur auf diesem Gebiet
sind wir vorsichtig gekommen, unsere ganze Lohn- und Er-
werbsbedingung ist eine andere. Durch den Reichstarif sind
wir große Vorteile gefordert worden. Indeswegs auf Lohn
und Lohnzeit sind wir jetzt auch den anderen Branchen
gleichgezählt. Die Freiheit sind als ein schöner Erfolg zu ver-
zeichnen. Die Revolution hat uns Schuster auch in anderen
Zeiten verfehlt. Über noch all diesen dürfen die Kollegen
nicht ruhen und warten, denn es gibt immer noch verschiedene
Mängel, die nur beseitigt werden können durch strenges und
einiges Zusammensetzen an einem geschlossenen Gangen. Es
möge auch hier der Wahlspruch stehen: «Kreislauf Kraft
gelingt was einer nicht zufinde bringt.» Trotzdem
unsere Versammlungen in letzter Zeit gut belebt waren, so
dürfen dieselben noch unserer Mitgliedszahl noch besser be-
sucht werden. Möge daher jedes einzelne Mitglied seine
Zielsetzung und nicht nur ein halbes, sondern ein ganzes
Glied in unserer Bewegung stellen.

Rauschenbach, Karlsbadisch. Am 2. Juni 1920
wurde durch den Kommandeur Schall-München mit der Schuh-
macher- und Gittererinnung Rauschenbach für Stadt- und
Bezirksamt Rauschenbach folgender Tarif vereinbart: Die
Schuh sind für Seitzsche und wie pro Stunde bezahlt:
Für Schuh bis zum 18. Lebensjahr 1.20 Mk. und
bis 21 Jahren 1.44 Mk. und über 21 Jahren 1.68 Mk. —
Die Arbeitszeit beträgt 46 Stunden pro Woche. Die
Überstunden werden für die ersten zwei Stunden über die
normale Arbeitszeit 25 Prog. für jede weitere Stunde
50 Prog. bezahlt. An Urlaub wird gewährt: Nach ein-
jähriger Beschäftigungsdauer 2, nach zweijähriger 6 und nach
3 Jahren 8 Arbeitstage. Für Werktagenabschöpfung wird
50 Pf. pro Woche gewährt. Unorganisierte Gehilfen dürfen
nicht beschäftigt werden. Durch das einmalige Aufnahmenhalten
unserer Kollegen in diesem kleinen Städchen ist es ge-
lungen, diese beachtenswerten Zugeständnisse zu erreichen.
Wogen sie den Kollegen an anderen Orten bewirken, was
durch eine geschlossene Organisation erkämpft werden kann.
Pegnitz. In der am 20. Juni stattgefundenen Mit-
glieder-Versammlung hielt Frau Auguste Henning in Leipzig
einen Vortrag über «Die Frau als Mutter, Arbeitnehmerin
und Staatsbürgerin». Gespannt bis zum Ende hörten die
Anwesenden den außlläufigen Vortrag zu, reicher Beifall
belebte die Rednerin. — Punkt 2: Wahl eines Käffers.
Kollege Reinhard steht im 62. Lebensjahr, er will sein
Amt an einen jüngeren Kollegen abtreten. Kollege Uhlich
würdigte die Bemühungen des Kollegen Reinhard in warmen
Worten, er hat den Posten beinahe 20 Jahre geübt.
Suffizient und erfüllt. Bei der mit Stimmenzettel vorge-
nommenen Wahl wurde Kollege Neumann gewählt. Es
dankte für das ihm entgegengesetzte Vertrauen und nahm
die Wahl an. Dann berichtete der Vorstand über das
Erfolg der in vorher Verhandlung gewählten Kommission
mit den Firmen Sachse und Siegle. Bis auf die Zwischenlinie
der Siegle sind Kollege Uhlich keine Streitfälle bei Nächster
und höher gerichtet. Die Firma Sachse sucht im Stil
der Weimarer Republik anzuwerben, auch die Firma Siegle stellt
nicht weibliche Arbeiter mit Vorliebe ein, trotzdem noch ge-
nug gelernte Kollegen arbeiten am Orte vorhanden sind.
Dann wurde das Verhalten einiger Kollegen einer scharfen
Kritik unterzogen, die nach Fabrikstätten noch bis in die
Nacht hinein für andere arbeiten, dadurch den Arbeitslunden-
tag zu nicht machen und den Schaffordaten die Arbeit

Wegnehmen und aus auf die Straße bedient. Hierauf folgte üblich die Versammlung und führte zum alljährlichen Besuch des am 18. Juli stattfindenden Gewerkschafts-Feste auf.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 31. Juni bis 5. Juli der 27. Wochentag fällig ist.

Den Sämtlichen Ehrenvicederbos, Vorste. L. G., Großhessdorff i. S., Wilsdorf i. S., Plauen und Weida wurde auf deren Antrag deren Genehmigung erteilt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lozialbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Der Sämtliche Mainz wurde genehmigt, den bisherigen Lozialbeitrag in der 1. Klasse um 5 Pfg. (60 Pfg.) in der 2. und 3. Klasse um 10 Pfg. (60 und 110 Pfg.) vom 1. Juli ab zu erhöhen.

Die Sämtlichen Friedeberg in N. M. wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern der 2. und 3. Klasse einen Lozialbeitrag von 10 Pfg. zu erhöhen.

Den Sämtlichen Regensburg und Zwönitz wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lozialbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Den Sämtlichen Görlitz i. S., Freudenhausen i. Weißw., Görlitz i. M., Görlitz, Heidelberg, Wilsdorf i. S., Görlitzberg i. Erzgeb., Weida und Weischach i. S. wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lozialbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Ferner wurde den Sämtlichen Bielefeld und Herzogenrath genehmigt, den Lozialbeitrag vom 1. Juli ab von 5 Pfg. auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Den Sämtlichen Ainsbach, Frankenbergs i. S., Regensburg, Wilsdorf i. S., Wilsdorf und Zwönitz i. S. wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lozialbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Die Mitglieder genannten Sämtlichen machen wir darauf aufmerksam, daß die Rücksichtnahme dieser Extraeuer die Folgen des 9. 6. a. nach sich zieht.

Räuberberg, den 28. Juni 1919.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Wiesbaden, R. Schäfer, Pfingststr. 17, 1. Vor.; E. Gauder, Pfingststr. 31 ill. Kaffeehaus; U. Gauder, Pfingststr. 30. — Unterlagen werden ausgezahlt beim 1. Kassierer von 4—5 Uhr nachmittags.

Oesen- und Agraffen-Maschinen

In ihrer Ausführung, I. Schuhmacher bestens geeignet, sol. ab Lager lieferbar

Preise:

Stahlchine	je 1 Garnitur Stempel und Matrizen	6.00
	für kleine, mittlere und große Oesen	1.50
	je 1 Garnitur Stempel und Matrizen	4.50
	für kleine und große Agraffen	6.50
	Preis der kompl. Maschine	13.00
		23.50

Ferd. Hartmann, Frankfurt a. M.

Handstanzenesser

Gulde I 8.00 M. — II 7.50 M. — III 6.50 M.
Gewicht 500 Gramm Stahl.

Edes Breuer, Mierscheid & Cöllingen.

Die Urtertenderverfaltung und ihre
Zähmungen, Schlagfuss, Wiesen, Verhaftung und Verbahnung von Dr. Lubo, Mierscheid Notchläge und M. Mittel zur Verhaftung. Preis nur M. 1.80 per Nachnahme von Aug. Hübner, Verlag, Berlin-Görlitz 67.

Bettwässen
Befreiung garantiert sofort durch unseren Kompassator. Alter und Geschlecht angeben. Illustration vorwahl durch Norra-Versand, Fließstr. 1. Görlitz 3.

Neuer Ratgeber (ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacher-Werkzeuge soeben erschienen. Versand gratis und bar. — E. Gauder, Berlin, Leipzigerstr. 43.

Straubing, F. Kappeler, Marktstr. 42, 1. Vor.; G. Dein, Pfingststr. 2, Kaffeehaus; W. Viet, Lindenstr. 99, Schriftführer; W. Helm und Hermann, Revisor. — Mitgliederversammlungen haben jeden 1. Montag im Monat bei Grindelburg statt.

Pagan, Hermann Ohlisch, Frankenstr. 1, Vor.; Sof. Neumann, Neugasse 12, 2. Vor.; Aug. Geper, Obergasse, 2. Vor.; Ernst Reinhold und Otto Vogel, Revisor. Alle Zusendungen sind an den 1. Vor. zu senden. Versammlungen zahl der Kassierer Freitag und Sonnabend 12—1 Uhr aus.

Straubing, Sof. Rosinger, 1. Vor.; Michel Reußler, 2. Vor.; Math. Söfinger, Schriftführer; Hans Wagner u. Sof. Göss, Revisor.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Erstklassse) zu Hamburg.

(Meinster Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg).

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 21. Mai 21. Juni bis 1919:

Nürnberg 200.—, Großsch 100.—, Burg 700.—, Stettin

150.—, Kirchhain 200.—, Bergenaurohr 200.—, Rempten

70.—, Luttingen 200.—, München 1000.—, Stadtbilm

100.— M. Sa. 2200.— M.

Zuschuss erhalten:

Görlitzhausen 100.—, Haushausen 133.—, Eßlingen

200.—,hausen 200.—, Möhlheim 350.—, Planweller 100.—

Schönbühl 100.—, Badnang 600.—, Straßburg 211.40,

Geisenfeld 60.— M. Sa. 1068.40 M.

Hamburg, den 21. Juni 1919.

D. Gob, Hauptkassierer.

Berichtigung.

Bernburg. Zur Übersichtsergebnisse nach ob beitragen: 1. Vor.: Karl Wiesmeyer nicht Wiesmeyer.

Im Artikel "Revolutionstreibungen" in Nr. 26 des Hauptblattes ist in Spalte 8 unten, ein durch einen Gangster verhinderte tödliche Entfernung erzählt. Die Seite muss lauten:

"So ist Marx das uns in ähnlicher Weise aber in entztem Stare die Staatsgründungen erklärt: Die ökonomischen Bedürfnisse sind die Grundlage, auf welcher sich der gesellschaftliche Überbau erhebt: Verfassungsgegenwart, Rechtsformen, politische Formen sowie alle Rechte dieser wirtschaftlichen Kämpfe, politische, physische, juristische Theorien, religiöse Erziehungen, künstlerische und literarische Belägerung, die alle wieder ihren Einfluss auf den Verlauf der gesellschaftlichen Kämpfe ausüben und vorweg deren Form bestimmen, indem sie in Weltordnung zu einander stehen."

Im zweiten Spalte des gleichen Hauptblattes, im fünften Absatz, noch es heißen:
... der Herr Gewerberichter befindet darum, für das Zulässtkommun zur Arbeit dem Kirchliche Geschäftsführung (in Gott) verleihe.

Versammlungs-Kalender, Mitgliederversammlungen.

Förk-Pausig. Montag, den 7. Juli, abends 7 Uhr im Vereinslokal, Mühlstr. 24.

Geisling. Sonnabend, den 6. Juli, abends 6 Uhr im Regen-Restaurant, Bahnhofstraße.

Baden-Baden. Dienstag, den 8. Juli, abends 7½ Uhr im Werkstattshaus, Schönheitstr. 60—62.

Stuttgart. Montag, den 7. Juli, abends 7½ Uhr im Kollegen-Schroel, Südstadtstraße.

Welsdorf. Montag, den 7. Juli, abends 8 Uhr im Central-Herberge, Südstadtstraße.

Wittscheid. Montag, den 14. Juli, abends 8½ Uhr im Rosenarten.

Regensburg. Montag, den 14. Juli, abends 7 Uhr im Goldenen Ritter, Baldplatz.

Reutlingen. Freitag, den 4. Juli, sofort nach Schließung im "Fasanen" Versammlungszimmer.

Reichwein. Sonnabend, den 12. Juli, abends 7½ Uhr im "Deutschen Haus".

Swisttal. Montag, den 7. Juli, abends 7 Uhr im Brauerei-Schlößchen, Schlößchenstr. 2.

Swisttal. Montag, den 14. Juli, abends 7½ Uhr im Gasthaus "Zum Hof" am Markt.

Als bester Erfahrer für die Gummiringe für Schuhmacher haben sich die von der Firma Dr. Müller, Schuhfabrik 22 L. in den Handel gebrachten Spiel-Ringe erwähnt. Wie verstehen Sie die übrigen unseres Vertrages der Firma in der vorliegenden Nummer.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Frieden ist da. — Das Programm des Wirtschaftsministeriums. — Das der pfälzischen Schuhindustrie. Die neue Leistungspflicht und die Ferien in der Industrie. — Internationaler Schuh- und Ledertag Kongress. — Zur Erhaltung der Schuharbeiter Schuhmacher von Chemnitz. — Große Entwicklung, Mangel an Konsequenz. — Aus unserem Beruf. — Tellungen.

Handhobel-Apparat

(D. R. G. M. 662726)
erspart Knöpfe und Schrauben, arbeitet so schnell wie eine Präsmashine. Einheitschneiden in Oberleiter ist ausgeschlossen, mit Gehobehanweisung 2.50 M. per Nacht.

Schuh-Bedarfsartikel-Handlung Nürnberg,
18 Innen Laufgasse 18.

Ia Militär-Sterneden (siehe oben) 650 M., Gort. II 250.— M., Riemenscheidehöfle für Güter und Güter, Str. 200.— M., Kleiderleiter von Chemnitz und Vorstadt, neuer Güter, Str. 160.— M., Preise von 20 Pfd. an per Nachnahme.

B. Hoffmann, Gleisbogen, Gleisweg 47.

Schäfte

Seine-Waffermann jun., Gladenbach,
Karmelstraße 122.

Lüttigen Schuhmacher-Gesellen
sucht per sofort

R. Steinhaus, Weimar, Karlstr. 1.

Nachruf!
Am 18. Juni verschloß plötzlich und unerwartet am Bettstieg unter langjähriger Lage

Urbis Louis Siegert

im 60. Lebensjahr.

Wir werden ihm sein ein ehrendes Andenken bewahren.

Schuhhalle Eppendorf.